

## **Die gestresste Gesellschaft Baustelle Deutschland – Die SPD muß antworten**



<https://pixabay.com/de/photos/stahlarbeiter-beton-schalung-1029665/>

**Jürgen Büssow / Volker Jung / Lothar Kamp**

**August 2024**



## Inhalt

Politische Krisen und gesellschaftliche Spannungen .....	3
Der Wohnungsmarkt - ein zentrales Problem der Gesellschaft.....	5
Globale Wirtschaft und heimischer Arbeitsmarkt - Risiken und Möglichkeiten .....	6
Die zwei Seiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz .....	7
Migration und Integration – Fortschritte und Hindernisse .....	8
Der lange Weg zu sozialer Gerechtigkeit .....	9
Bildung bleibt eine Daueraufgabe .....	11
Klimapolitik – Ein Balanceakt zwischen Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit....	11
Geopolitische Herausforderungen Europas neue Sicherheitslage .....	12
Die Rolle der SPD – Verantwortung und Perspektiven .....	14
Zu den Autoren (Kurz-Vitae) .....	17



## Politische Krisen und gesellschaftliche Spannungen

Bei den Europawahlen im Juni 2024 sind rechtsradikale Parteien stärker geworden. In den USA kandidiert mit Donald Trump ein Lügner, Demokratiezerstörer und verurteilter Krimineller. Aber es gibt Gegenbewegungen: In Frankreich wurde die drohende Machtübernahme von Rechtsradikalen durch ein linkes Bündnis verhindert. In Großbritannien löste Labour die Konservativen als Regierung ab. Im Norden Europas ist die Sozialdemokratie stark. Der Rückzug von Joe Biden und die Nominierung von Kamala Harris mit ihrem vorgesehenen Vize-Präsidenten Tim Walz machen die US-Präsidentschaftswahl wieder offen.

In Deutschland warten die Parteien der Ampelregierung vor allem mit ihren öffentlichen Streitereien auf. Besonders die FDP setzt sich immer wieder in Szene, offensichtlich in dem Glauben, so ihren Absturz aus dem Bundestag verhindern zu können. Die Bevölkerung erwartet allerdings plausible Lagebeschreibungen und hoffnungsvolle Perspektiven. Aber die Ampelparteien schaffen es nicht, den Vertrauensbonus für ihre Politik zurückzuholen, den sie bei der Bundestagswahl 2021 noch erhielten. Die Massenmedien sind auf sensationelle Berichterstattung und schlechte Nachrichten ausgerichtet und bieten wenig Erklärungen, Analysen und Alternativen an. In den sozialen Medien nehmen Hass, Diffamierungen Andersdenkender und gewalttätige Sprache zu. Insgesamt fehlt ein Kompass, der politische Orientierungen vermittelt. Statt Lösungsentwürfe darzustellen, werden auch in den öffentlichen Medien "Schuldige" gesucht und vorgeführt.

---

**Die Ampelkoalition ist nicht in der Lage zu erklären, wie ihre Politik zustande kommt.** Insbesondere bei der SPD bleibt unklar, wie sie handeln würde, wenn sie keine Kompromisse mit den anderen Parteien eingehen müsste. Die Koalition kann nicht vernünftig darstellen, wie sie für die gesellschaftlichen Großprojekte, die den Menschen am Herzen liegen, die notwendigen Finanzmittel aufbringen will. Durch große handwerkliche Fehler und die Vernachlässigung sozialer Zusammenhänge sowie einseitige Belastungen einkommensschwacher Bevölkerungsteile in Bereichen wie der Klima- und Verkehrspolitik schwindet die Wirksamkeit der bedeutenden politischen Maßnahmen der Koalition, wie dem Mindestlohn und dem Bürgergeld.

In der Politik sind große Vereinfacher unterwegs. Wenn CDU- und AfD-Vertreter behaupten, Migranten schnell aus dem Land schaffen und Bürgergeld-Betrügern das Geld wegnehmen zu können, sind das Irreführungen der Bevölkerung und Beiträge zur Verhinderung konstruktiver Lösungen. Für die Orientierung der Bevölkerung müsste der Bundeskanzler die zentrale Figur sein. Dieser Aufgabe wird Olaf Scholz in den Augen weiter Teile der Bevölkerung nicht gerecht. Auch bei ihm fehlt es an Klarheit und plausiblen Entwürfen. So zum Beispiel, wenn er Anfang Juli 2024 einen „Wachstumsturbo“ mit „sehr vielen sehr klugen Maßnahmen“ für die Wirtschaft ankündigt, während diese im zweiten Quartal 2024 um 0,2 Prozent einbricht. Oder wenn er bei harmlosen politischen Aktionen mit Begriffen wie „Doppel-Wumms“ und „Bazooka“ operiert, aber gleichzeitig die Wiederherstellung der Wehrfähigkeit der Bundeswehr zu einer Banalität erklärt.

Also bleibt den Menschen in Deutschland nichts anderes übrig, als die Politik des Landes nach der Lage der eigenen Lebenswirklichkeit zu bewerten. Für die Einschätzung der persönlichen Zukunft, unabhängig von der Einkommensgruppe, fehlen gesellschaftliche Entwürfe, die eigentlich von der Politik vorgestellt und diskutiert werden müssten. Die Gesellschaft zerlegt sich jedoch in Interessengruppen, anstatt einen Diskurs über ein gecktes Allgemeinwohl zu führen. Nennen Parteien wichtige, zu lösende politische



Großprojekte, bleiben sie oft die Antwort schuldig, wie und vor allem von wem diese zu finanzieren sind. In vielen europäischen Ländern und zunehmend auch in Deutschland füllen rechtsextremistische Parteien das politische Erklärungsvakuum mit falschen, vereinfachenden und teilweise rassistischen Forderungen und gewinnen Wahlen. Anders als früher dominieren pessimistische Zukunftsbilder die gesellschaftlichen Diskurse.

Sichtbar viele Menschen fühlen sich durch die großen und neuen Herausforderungen bedroht und verängstigt: Stark gestiegene Lebenshaltungs- und Wohnungskosten; hohe Flüchtlingszahlen, die viele Kommunen überfordern, den Wohnraum weiter verknappen und den eigenen, mühsam erreichten Wohlstand bedrohen; der Ukraine- und der Nahost-Krieg, die das eigene Sicherheitsgefühl beeinträchtigen und Gelder verschlingen, die für andere Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen; hinzu kommen Befürchtungen, dass der eigene Arbeitsplatz durch billige Importe oder Abwanderung von Unternehmen, auch in den Schlüsselindustrien, künftig gefährdet sein könnte.

Die Lebenswirklichkeiten der Bevölkerung sind sehr konkret und lassen sich als wichtige Politik- und Handlungsfelder beschreiben. Und diese müssen endlich debattiert und angepackt werden.

---



## Der Wohnungsmarkt - ein zentrales Problem der Gesellschaft

Das Thema Wohnen betrifft wie kaum ein anderes das Leben der Einzelnen und ist zu einer der zentralen gesellschaftlichen Fragen geworden. Es verbindet die Politikebenen der Kommunen, Regionen, des Bundes und der EU miteinander und beeinflusste sogar die Europawahl. Der Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen liegt am Boden. Mehr als 20 % der Bevölkerung müssen mehr als 30 % ihres netto verfügbaren Einkommens für die Wohnungskosten ausgeben. Familien, die mehr Wohnraum benötigen, können die Mieten für größeren Wohnraum in diesen Städten kaum noch zahlen. Nicht nur die unteren Einkommensgruppen, sondern auch Mittelschichten und vor allem junge Menschen und Familien sind von dieser Entwicklung betroffen. In Düsseldorf sind, ohne Nebenkosten, für eine 30 qm große Wohnung im Jahr 2024 17,84 € pro Quadratmeter fällig, für eine 100 qm große Wohnung 14,96 €. 40 % der Haushalte in Düsseldorf verfügen über weniger als 3.000 Euro netto pro Monat und sind somit kaum in der Lage, eine neue Behausung in der Stadt zu finden. Eine Wohnung mit einer Größe von 80 qm dürfte bei diesem Einkommen inklusive Nebenkosten nicht mehr als 900 Euro kosten, und selbst bei 4.000 Euro Nettoeinkommen sind Wohnungen für 1.200 Euro schwer zu finden. Die Aufforderung von Wohnungsbauministerin Geywitz, doch bitte in die billigeren Wohnungen auf dem Land zu ziehen, kann nur Kopfschütteln hervorrufen. Aus den von der Ampel versprochenen 400.000 Wohnungen pro Jahr, wieder eine dieser desorientierenden Ankündigungen, werden im Jahr 2024 voraussichtlich nur 170.000. Indessen werden im Internet Tipps zum Unterlaufen der Mietobergrenzen gegeben. Die steigenden Flüchtlingszahlen und die Rückgänge beim Wohnungsneubau in den letzten zehn Jahren haben insbesondere in den Großstädten die kommunalen Wohnungsmärkte weiter unter Druck gesetzt. In den kommenden Jahren könnte nur die Ankurbelung des öffentlichen Wohnungsbaus jenseits des kommerziellen Marktes die Lage entspannen.<sup>1</sup>

Die Düsseldorfer SPD forderte, dass der geplante Opernneubau, dessen Kosten zwischen 750 Mio. Euro und 1,2 Mrd. Euro geschätzt wurden, nur dann durchgeführt wird, wenn gleichzeitig mindestens 8000 neue bezahlbare und kommunale Wohnungen auf stadtteiligen Grundstücken gebaut werden. Da die Grünen ihre Unterstützung für den Opern-Neubau wegen der hohen Kosten zurückzogen, war die CDU auf die Stimmen der SPD angewiesen. Der Oberbürgermeister sicherte der SPD zu, dass 8.000 Wohnungen errichtet würden, woraufhin die SPD einem weiteren Teilbeschluss zustimmte, jedoch ohne einen bindenden Ratsbeschluss. Später erklärte der OB, dass nur 4.000 Wohnungen auf städtischen Grundstücken entstehen sollen und die restlichen 4.000 von Wohnungsgenossenschaften, die jedoch umgehend erklärten, keine Mittel dafür zu haben. Die Stadtverwaltung weigert sich zudem, die städtischen Flächen öffentlich auszuweisen. Dies war für keine der Ratsfraktionen ein Grund, auf Transparenz gegenüber den Bürger\*innen von Düsseldorf, also den Grundstückseigentümer\*innen, zu bestehen.

Vor diesem Hintergrund sind die schlechten städtischen Ergebnisse zur Wahl des europäischen Parlamentes am 9. Juni 2024 für die Düsseldorfer SPD nicht verwunderlich. Es ging schließlich nicht nur um die Europawahl, sondern auch um die konkrete Politik der SPD im Bund, im Land und in der Stadt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <https://www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Duesseldorf/5226> siehe dort, Pdf Download  
<https://www.pwc.de/de/mittelstand/pwc-studie-wohnungsnot-und-die-folgen-fuer-den-arbeitsmarkt.pdf>; <https://radsozdem.de/kommunales>

<sup>2</sup> [https://www.duva-server.de/Statistikportal/sites/download/Veroeffentlichungen/08\\_Statistische%20Informationen/Europawahl%20am%209.%20Juni%202024\\_Analyse%20der%20vorlaeufigen%20Ergebnisse.pdf](https://www.duva-server.de/Statistikportal/sites/download/Veroeffentlichungen/08_Statistische%20Informationen/Europawahl%20am%209.%20Juni%202024_Analyse%20der%20vorlaeufigen%20Ergebnisse.pdf)



Dass es auch anders geht, zeigt die baden-württembergische Stadt Ulm. Die Flächenpolitik der Stadt ist vorbildhaft. "Baurecht gibt es nur, wenn die Stadt im Besitz aller Flächen ist, auf denen gebaut werden soll. Erst dann wird Baurecht geschaffen", erklärt Markus Mendler, Leiter der Wirtschaftsförderung und des Grundstücksverkaufs der Stadt. "So wird der Spekulation ein großer Riegel vorgeschnitten und es ist nachhaltig und Preis-dämpfend." Die Stadt Ulm selbst und nicht der Investor entscheidet, ob auf einer Fläche ein Spielplatz, Sozialwohnungen oder ein Kindergarten entstehen. Der Gemeinderat legt die Grundstückspreise vorher fest und verkauft nicht an denjenigen, der am meisten bietet. "Wir wollen, dass alle bauen können, die fleißig gespart haben".<sup>3</sup>

## Globale Wirtschaft und heimischer Arbeitsmarkt - Risiken und Möglichkeiten

Wirtschaft und Arbeitsplätze sind das zweite wichtige Handlungsfeld, welches die Menschen täglich beschäftigt und existenziell betrifft. Die Zahl der Bankrotte nahm im Jahr 2023 um 30 % zu. Waren zuvor kleinere Branchen wie die Solar- und Windkraftanlagen-Industrie durch den globalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig, so kommen nun auch die großen Schlüsselindustrien wie Auto, Stahl und Chemie unter Druck. Die hohen Lohn- und Energiekosten in Deutschland tragen dazu bei. Aber ebenso Versäumnisse der Industrien selbst, wie ein rechtzeitiger Umstieg der Automobil-Industrie auf Elektro-Fahrzeuge. Die Politik versäumt es, klar darzulegen, wo Chancen und Risiken in den einzelnen Wirtschaftsbereichen liegen und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um eine starke und innovative Wirtschaft zu fördern.

Der Glaube, dass die Wirtschaft am besten funktioniert, wenn sich der Staat möglichst nicht einmischt, ist ein Mythos, den viele FDP- und CDU-Politiker immer wieder vortragen. Tatsächlich unterstützen fast alle Länder die Entwicklung ihrer Wirtschaft durch Regulierungen, Subventionen, gezielte Lenkungen, Handelspolitik und Forschungsförderung.

Die USA haben ein umfangreiches Programm ins Leben gerufen, das gezielt Industriezweige mit niedrigen Steuern fördert, die hohe Umweltstandards einhalten oder klimaschonende Produkte herstellen. Diese Maßnahmen erhöhen den Druck auf den Produktionsstandort Europa, insbesondere Deutschland. Durch gezielte Steuervergünstigungen und niedrige Energiepreise schaffen die Vereinigten Staaten Anreize, die deutsche Industrieunternehmen dazu bewegen, ihre Standorte in die USA zu verlagern.

Produkte aus China stellen ebenfalls eine große Konkurrenz dar, da sie aufgrund geringerer Lohnkosten und hoher Produktionsmengen günstiger hergestellt werden.<sup>4</sup> Autos, Windkraftwerke sowie IT-Hard- und Software werden vom chinesischen Staat darüber hinaus subventioniert und dann in großem Maßstab in westliche Länder exportiert, was die hiesigen Industrien ebenfalls unter Druck setzt.

In Deutschland überließ man der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie, einschließlich ihrer mittelständischen Zulieferer, weitgehend die Festlegung volkswirtschaftlicher Ziele. Dabei orientierten diese sich primär an ihren betriebswirtschaftlichen Renditeerwartungen. In öffentlichen Mediendiskussionen wurde die SPD wegen ihrer Ostpolitik der 1980er und 1990er Jahre vorgeführt. Sie habe die Abhängigkeit vom

---

<sup>3</sup> <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/bezahlbare-immobilien-was-ulm-erfolgreich-anders-macht,TFWOewx>

Wo sich in Deutschland am besten leben lässt, Handelsblatt 12. Juli 2024, S. 44 ff.

<sup>4</sup> <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/chinas-massive-subventionen-fuer-gruene-technologien/>



russischen Gas politisch zu verantworten. Unternehmensvorstände, die damals vehement die Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik forderten, wurden selten zur Verantwortung gezogen. In den Talkshows von Herrn Lanz oder Frau Maischberger spielt es zudem kaum eine Rolle, dass die damalige Regierung den übermäßigen Kauf russischen Gases durch Energieunternehmen nicht beschränkte und somit eine einseitige Abhängigkeit nicht verhinderte.

Das Ergebnis war eine Erpressbarkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft durch Russland. Ähnlich verhielt es sich mit der Exportabhängigkeit wichtiger deutscher Industriezweige von China. Die deutsche Wirtschaft verfolgte dabei mit Zustimmung der Politik das doppelte Ziel, Produkte kostengünstig einzukaufen und Zugang zum künftig größten Binnenmarkt Welt zu erhalten.<sup>5</sup> Zwar soll der Staat nicht in unternehmerische Entscheidungen eingreifen, aber er darf sich auch nicht zum Erfüllungsgehilfen von Großunternehmen machen. Unternehmen fühlen sich nicht zwingend dem Allgemeinwohl verpflichtet, obwohl das Grundgesetz es von ihnen verlangt. Der Staat hingegen muss sein Handeln stets am Gemeinwohl der Gesellschaft ausrichten. Viele Großunternehmen gelten aufgrund ihrer vielen Arbeitsplätze als 'systemrelevant' und fordern in Krisenzeiten gerne staatliche Unterstützung, sei es in Form von Subventionen oder regulativen Schutzmaßnahmen, sowohl von der eigenen Regierung als auch von der EU. Die Interessen der deutschen Windkraftanlagen-Hersteller und der Solarindustrie wurden zurückgestellt, um die Expansionsstrategien der deutschen Automobilindustrie auf dem chinesischen Markt nicht zu gefährden.“

Bei der Festlegung volkswirtschaftlicher Ziele, insbesondere in den Außenwirtschaftsbeziehungen, darf der Staat nicht außen vor bleiben. Er muss jedoch klug abwägen, welche Maßnahmen in komplizierten Situationen angemessen sind. Würde man heute auf die günstigeren Solarzellen und Windkraftanlagen aus China verzichten, die aufgrund niedrigerer Lohnkosten und gezielter Steuererleichterungen im internationalen Wettbewerb unschlagbar sind, müsste man deutsche Hersteller stark subventionieren. Dies würde das Erreichen der Klimaschutzziele im vorgesehenen Zeithorizont gefährden. Stattdessen sollten diese Mittel besser in die Forschungsförderung fließen, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. In Deutschland gibt es, viel zu wenig beachtet, einen innovativen Mittelstand mit zahlreichen Weltmarktführern. Diese Unternehmen zeigen, in welchen Bereichen die deutsche Industrie sich bereits erneuert hat, wo sie nach wie vor führend ist und wo noch großer Innovationsbedarf besteht – ein Thema, das sich hervorragend für Zukunftsdebatten eignet.

## Die zwei Seiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz

Die deutsche Wirtschaft ist im Bereich der Digitalisierung im Vergleich zu den USA oder China kein Schrittmacher. Mit einem verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) könnten Arbeitsprozesse effektiver und effizienter gestaltet werden, indem Routineaktivitäten reduziert und berufliche Recherchen zeitgewinnend durchgeführt werden. Die öffentliche Verwaltung könnte durch den Einsatz von KI Bürokratie abbauen, indem Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, und sich so stärker als Dienstleister für die Bürger\*innen entwickeln. Im Gesundheitswesen könnte Künstliche Intelligenz auf Basis weltweit verfügbarer Daten für verschiedene Krankheitsbilder bessere Diagnosen stellen und effektivere Therapien ermöglichen. Allerdings wird kritisch

<sup>5</sup> [https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/2024/240704\\_Kommentierung\\_EU-Autozoelle](https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/2024/240704_Kommentierung_EU-Autozoelle) und: Vorläufige Strafzölle für E-Autos aus China, Handelsblatt 05. Juli 2024, S.16



hinterfragt, ob KI tatsächlich ein wirtschaftlicher Wachstumstreiber wird oder ob sie lediglich den Interessen der oligopolistischen Datenwirtschaft im Silicon Valley dient.<sup>6</sup>

Damit die positiven Seiten der Digitalisierung möglichst umfassend zur Geltung kommen, müssen ihre Risiken durch staatliche Regulierung eingegrenzt werden. Der Ansatz der EU ist daher beispielhaft und konsequent, da er Transparenz und Korrekturen von Algorithmen verlangt, wenn die Geschäftsmodelle großer Online-Plattformen den Wettbewerb ausschalten und tief in die Lebenswelten und Freiheiten der Bürger\*innen als Nutzer\*innen dieser Dienste eindringen. Soziale Medien sind inzwischen unverzichtbar für die Erledigung vieler Alltagsaufgaben, für die Information und für die Organisation von Dialogen in der Zivilgesellschaft. Doch aufgrund unkontrollierter Entwicklungen wird es für die Nutzer\*innen immer schwieriger, zwischen Wahrheit und Falschinformationen zu unterscheiden. Mit ihren geheim gehaltenen Steuerungsalgorithmen bestimmen die kommerziellen Online-Plattformen mit ihrer Oligopolstellung bereits weitgehend, was öffentlich wahrnehmbar ist.<sup>7</sup> Die negativen Seiten der Online-Medien müssen durch Regulierung und gerichtliche Kontrolle beherrschbar bleiben, damit ihre nützlichen Seiten nicht ihren gesellschaftlichen Gebrauchswert verlieren.

Die EU hat mit ihren Gesetzen über digitale Dienste und zur KI wichtige erste Schritte zur Regulierung eingeleitet.<sup>8</sup> Da sich die Onlinedienste jedoch stetig weiterentwickeln und Europa durch eine Überregulierung von internationalen Entwicklungen abhängig werden könnte, bedarf es eines sich kontinuierlich anpassenden „atmenden Regulierungssystems“.

Ein paralleler Ansatz könnte darin bestehen, private und öffentliche publizistische Plattformen zu errichten und zu fördern, auf deren unabhängige und faktenbasierte Berichterstattung sich die Nutzer\*innen verlassen können. Die Arbeitsweise dieser Plattformen muss transparent und öffentlich nachvollziehbar sein, um Verschwörungstheorien und Behauptungen einer Fremdsteuerung entgegenzuwirken. Die Kriterien für die Regulierung der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz müssen in breiten öffentlichen Diskursen immer wieder neu verhandelt und festgelegt werden.

## Migration und Integration – Fortschritte und Hindernisse

Die Integration von Personen und Familien mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft bleibt eine große Herausforderung. Menschen mit ausländischen Namen haben es bei der Suche nach Stellen und Wohnungen schwerer als diejenigen mit deutschen Namen. Auch die sichtbare Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in Medien, Sport, öffentlichen Verwaltungen, Parlamenten oder Hochschulen kann nicht darüber hinwegtäuschen. Viele von ihnen erleben sich in Deutschland oft als Menschen zweiter Klasse. Diese Erfahrungen führen bei vielen dazu, sich aus der deutschen Gesellschaft zurückzuziehen und begünstigen die Bildung sozialer, heimatverbundener und paralleler Milieus.

Die aktuellen Berichte über erschreckende Gewalttaten von Menschen aus überwiegend islamistischen Flüchtlingsgruppen erfordern einen veränderten Umgang mit diesen Personen. Die Forderung, dass die Täter sofort ausgewiesen werden müssen, ist verständlich, denn in solchen Fällen muss der Staat seine Handlungsfähigkeit beweisen. Gleichzeitig ist es jedoch notwendig, präventive Maßnahmen zu verstärken, um bessere

<sup>6</sup> Eher skeptisch: Abhijit V Banerjee/Esther Duflo, Gute Ökonomie für harte Zeiten, insb. Kap.5 Ende des Wachstums? S.153 ff, Penguin Verlag, 1.dt.Aufl. 2020;

<sup>7</sup> Martin Andree, Big Tech muss weg – Die Digitalkonzerne zerstören Demokratie und Wirtschaft, 2023

<sup>8</sup> [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act_de), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/regulatory-framework-ai>



Integrationsergebnisse zu erzielen. Gute Lösungen können maßgeblich dazu beitragen, dass die Flüchtlingsdebatte nicht länger von rechtsradikalen Kreisen instrumentalisiert werden kann.

Zu wenig wird darüber berichtet, dass 54 % der seit 2015 nach Deutschland Geflüchteten im Jahr 2021 erwerbstätig waren. Mehr als 14 Millionen Einwanderer leben in Deutschland, und rund 70 % der Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter sind erwerbstätig. In den anderen EU-Ländern liegt dieser Anteil bei nur etwa 65 %. Dennoch ist es bisher nicht gelungen, die große Mehrheit der Flüchtlinge in Deutschland so auszubilden, dass sie gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die hemmenden Faktoren, die produktive Lösungen verhindern, müssen dringend angegangen werden. Erste Schritte wurden bereits unternommen: So können Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende nun leichter eine Arbeit aufnehmen. Viele Flüchtlinge, insbesondere aus der Ukraine, würden zwar in ihre Heimat zurückkehren, wenn die Gründe für ihre Flucht entfallen. Doch in der Zwischenzeit kann man ihnen durch Ausbildungen oder die Anerkennung von Abschlüssen die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen. Würden in anderen Ländern erworbene akademische Abschlüsse in Deutschland anerkannt, könnten 600.000 qualifizierte offene Stellen sofort besetzt werden.<sup>9</sup>

Insgesamt müssen Bund, Länder und Kommunen sowie die relevanten Verbände in der Migrations- und Integrationspolitik enger zusammenarbeiten. Gleichzeitig muss die Bundesregierung auf eine grundlegende Reform der europäischen Entwicklungs-, Handels- und Assoziierungspolitik hinwirken, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern wirksamer anzugehen. Neben den Grenzkontrollen und der Bekämpfung von Schlepperorganisationen müssen sich die reichereren Länder des Nordens für eine gleichberechtigte Teilnahme der Länder des Globalen Südens an einer weltweit fairen Weltwirtschaft einsetzen.

## Der lange Weg zu sozialer Gerechtigkeit

Gesellschaftliche Ungleichheit nagt an der Stabilität unseres Gemeinwesens. Diese Ungleichheit resultiert aus der Art der Einkommens- und Vermögensverteilung, den Zugängen und Chancen im Bildungsbereich sowie den Wahrnehmungsmöglichkeiten an kulturellen Angeboten und öffentlichen Diskursen. Die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen führen zu sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. In Deutschland haben die unteren fünf Prozent der Haushalte kein Vermögen, sondern im Durchschnitt 3.000 Euro Schulden. Die oberen zehn Prozent verfügen dagegen im Durchschnitt über etwa 1,2 Millionen Euro Vermögen und besitzen insgesamt 60 Prozent des deutschen Gesamtvermögens.<sup>10</sup>

Die großen Einkommens- und Vermögensungleichheiten in Deutschland hängen stark mit der Ausgestaltung des Steuersystems und der Steuerpraxis zusammen. Durch entsprechende Reformen könnten nach Schätzungen pro Jahr zwischen 100 und 300 Milliarden Euro an zusätzlichen staatlichen Einnahmen erzielt werden, mit denen wichtige gesellschaftliche Großprojekte finanziert werden könnten.<sup>11</sup> Beispielsweise könnte die

<sup>9</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asylsuchende-arbeitsmarkt-100.html>; <https://iab.de/presseinfo/mehr-als-die-haelfte-der-2015-nach-deutschland-gefluechteten-ist-inzwischen-erwerbstaelig/>; nach dem OECD-Bericht 2024 gelten Personen als Einwanderer, die nicht in Deutschland geboren wurden, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen; Handelsblatt 05.07.2024, S.18;

<https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/34087b82-de.pdf?expires=1720290042&id=id&accname=guest&checksum=42E1B79CAEE15FE33FD576B0FEC4555E>

<sup>10</sup> <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wie-sind-die-vermoegen-in-deutschland-verteilt-3579.htm>

<sup>11</sup> Siehe im Einzelnen dazu unser Papier: [https://radsozdem.de/konzepte/#ein\\_neues\\_steuersystem](https://radsozdem.de/konzepte/#ein_neues_steuersystem)



Einkommensteuer so angepasst werden, dass untere Einkommen stärker entlastet und jährliche Einkommen ab 70.000 Euro viel stärker ansteigend besteuert werden. Zudem könnte für lebensnotwendige Güter eine sehr niedrige Mehrwertsteuer eingeführt werden. Anders als bisher sollten alle vererbten Vermögen durch die Erbschaftsteuer erfasst werden. Dies müsste auch für vererbte Unternehmen gelten. Das Gegenargument einer Arbeitsplatz-Gefährdung lässt sich durch zeitlich lang gestreckte Steuerzahlungen aus dem Weg räumen.

Die im Grundgesetz (Art. 106) verankerte Vermögensteuer, die 1996 von einer CDU-FDP-Regierung ausgesetzt wurde, sollte wieder eingeführt werden, wobei die vom Bundesverfassungsgericht verlangten Korrekturen bei Immobilien berücksichtigt werden müssen. Auf alle Kapitalerträge sollte statt der pauschalen Abgeltungsteuer von 25 % die deutlich höhere Einkommensteuer erhoben werden. Massive Steuerumgehungen und -vermeidungen sollten konsequent verfolgt und die dem Staat zustehenden Steuerzahlungen eingetrieben werden. Zudem müssten die großen Internetplattformen anhand der Menge der von ihnen genutzten Daten besteuert werden („Datenverbrauchssteuer“).

In Frankreich hat das siegreiche linke Bündnis bei den diesjährigen Parlamentswahlen ein Programm zur Bekämpfung der gesellschaftlichen Ungleichheit beschlossen. Es umfasst die Erhöhung des Mindestlohns von 1.400 auf 1.600 Euro netto pro Monat, die Senkung des Rentenalters von 62 auf 60 Jahre (statt der von Macron geplanten Erhöhung auf 64 Jahre) sowie die Deckelung der Preise einiger Grundnahrungsmittel und Energiedienstleistungen. Finanziert werden soll dies durch die Wiedereinführung der von Macron 2018 abgeschafften Reichensteuer, sowie eine Abgabe für Vermögende, die ins Ausland ziehen, eine Anhebung des Spaltensteuersatzes auf 90 Prozent und eine Obergrenze für Erbschaften.

Erwartet werden dadurch zusätzliche Staatseinnahmen von 30 Milliarden Euro im Jahr 2024, 100 Milliarden Euro im Jahr 2025 und 150 Milliarden Euro im Jahr 2026. Renommierte Ökonomen wie Gabriel Zucman, Michael Zemmour, Julia Cagé, Thomas Piketty und die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Esther Duflo sowie einzelne Unternehmer unterstützen dieses Programm, was diesem verteilungspolitischen Ansatz eine breite öffentliche und internationale Resonanz verschaffte – allerdings nicht in Deutschland.<sup>12</sup> Vermögensverwalter und wirtschaftsfreundliche Medien in Frankreich warnten, dass Vermögende in Länder mit niedrigeren Steuern abwandern und Investitionen im Inland zurückgehen könnten – die altbekannten Deutungen und Drohungen.

Angesichts der Finanzierungsschwierigkeiten für gesellschaftliche Großprojekte in Deutschland ist es bezeichnend, dass sich der Fokus der FDP und Teilen der CDU/CSU starr auf die Sozialhaushalte richtet. Es wird ein Missbrauch des Bürgergeldes angeprangert, obwohl von den 5,5 Millionen Bürgergeldempfängerinnen 3,9 Millionen erwerbsfähig sind, also *arbeitende* Aufstocker. Diese Menschen erhalten Unterstützung, weil der Mindestlohn nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten für Wohnen, Heizen, Strom und Lebensmittel zu decken. Weitere 1,6 Millionen Bürgergeldempfängerinnen sind erwerbslos, und 1,5 Millionen Kinder im *nichterwerbsfähigen* Alter erhalten Bürgergeld. Im Jahr 2023 wurden bei 15.777 Fällen Meldeversäumnisse festgestellt, was jedoch nur 0,4 Prozent des gesamten Personenkreises ausmacht.<sup>13</sup>

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann erklärte populistisch und diskriminierend, dass die CDU im Falle eines Wahlsiegs 100.000 Bürgergeldempfängerinnen das Bürgergeld komplett streichen würde. Woher er diese Zahl nahm, blieb unklar, da er dies weder

<sup>12</sup> Süddeutsche Zeitung 12.07.2024

<sup>13</sup> <https://www.rnd.de/politik/jobverweigerer-beim-buergergeld-wie-viele-es-wirklich-gibt-42U7TNJZ3NCALGYPBVUUND4ZN.html>; Süddeutsche Zeitung 09.August 2024, S.5 („Bürgergeld aber anders“)



erklären konnte noch wollte. Seine Drohung, das Bürgergeld im Bedarfsfall vollständig zu streichen, wäre jedoch verfassungswidrig, da das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass Bürgergeldempfänger\*innen das Existenzminimum nicht entzogen werden darf. Und die Empfänger\*innen pauschal als potenzielle Betrüger darzustellen, erinnert an den Politikstil der AfD. Gleichzeitig äußert sich Linnemann nicht zu Steuerprivilegien für Vermögende, Steuerhinterziehung oder leistungslosen Erbschaften, die zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen. Steuerfragen haben für FDP und Union nur dann Priorität, wenn es um die Erhöhung der Einkommen und Vermögen der oberen Schichten geht. Änderungen des Steuersystems im Sinne von mehr Gerechtigkeit werden lediglich von der Linken und der BSW thematisiert, während die SPD zu diesem Thema keine klare Position bezieht.

## Bildung bleibt eine Daueraufgabe

Das deutsche Bildungssystem gilt im internationalen Vergleich noch als recht leistungsfähig. In Bezug auf den Abbau von Ungleichheit und die Verbesserung der Chancen für bildungsferne oder einkommensschwache Gruppen weist es jedoch große Defizite auf und muss in diesen Bereichen erheblich weiterentwickelt werden. Zu viele junge Menschen verlassen die Schulen ohne qualifizierende Abschlüsse. 2023 waren es über 50.000 Schüler\*innen, das entspricht 6 % eines Jahrgangs. Und zu viele junge Menschen haben keinen Berufsabschluss. Nach wie vor ist die Herkunft bzw. das soziale Familienmilieu der Jugendlichen entscheidend für den Schulerfolg und den Zugang zu einem Studium. So erlangten 2022 nur 13 % der ausländischen Jugendlichen in Deutschland die Hochschulreife, während es unter deutschen Jugendlichen 36 % waren. Im Jahr 2023 hatten 38 % der Bevölkerung in Deutschland einen Hochschulabschluss oder einen vergleichbaren Abschluss, in Irland waren es 63 %, in den Niederlanden 55 % und in Frankreich 52 %. Die Versäumnisse in den naturwissenschaftlichen Fächern (MINT) sind nach wie vor nicht aufgeholt, obwohl diese Qualifikationen in einer zunehmend digitalisierten Welt immer stärker gefordert werden.<sup>14</sup>

## Klimapolitik – Ein Balanceakt zwischen Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit

Der Klimawandel führt zu einer kontinuierlich steigenden Durchschnittstemperatur auf der Erdoberfläche, was zu zunehmenden gesundheitlichen Belastungen und einer Zunahme extremer Wetterereignisse wie Dürren, starken Winden, verheerenden Waldbränden, sintflutartigen Regenfällen und Überschwemmungen führt. Diese Phänomene richten erhebliche Zerstörungen an Natur, Landschaften, menschlichen Siedlungen und landwirtschaftlichen Flächen an. Der dringende Handlungsbedarf ist unbestreitbar.

Die bisherige deutsche Klimapolitik ist aber in einem zentralen Punkt fehlgestaltet: Sie trifft vor allem einkommensschwächere und Mittelschichtshaushalte. Durch Aufschläge und Steuern auf Energieträger und Strom sowie durch energetische Sanierungen von Wohngebäuden tragen diese Haushalte einen unverhältnismäßig hohen Teil der

---

<sup>14</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/schulabrecher-bildungschancen-100.html#b> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73753/umfrage/schulabschluss-anteil-auslaender-und-deutsche/> aus dieser Statistik geht nicht hervor, wie viele unter den deutschen Absolventen auch einen Migrationshintergrund haben. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1099110/umfrage/bevoelkerungsanteil-in-den-eu-laendern-mit-hochschulabschluss/> <https://www.deutschlandfunk.de/pisa-studie-2022-102.html#Ergebnisse2022>



Lasten, obwohl einkommensstärkere oder vermögendere Haushalte einen deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck hinterlassen.<sup>15</sup>

Damit der Klimaschutz schneller, sozialer und wirtschaftlich effektiver voranschreitet, ist eine politisch sichtbare Flankierung durch die SPD dringend erforderlich. Doch die Partei leistet weder öffentlich wahrnehmbare Beiträge zur sozialeren Ausgestaltung der Klimapolitik, noch hat sie ein Transformationskonzept eingebracht, das Klimaschutz mit der Erneuerung der Produktion und der Sicherung künftiger (Industrie-)Arbeitsplätze verbindet.

Die FDP blockiert auf EU-Ebene die Entscheidung, ab 2030 keine neuen Verbrennerautos mehr zuzulassen, obwohl dies ein zentrales Versprechen der Ampelkoalition und des Europäischen Parlaments war, welches wiederum der Auto-Industrie Orientierung und Sicherheit geben sollte. In Deutschland hat die FDP zudem die Abschaffung des Ressortprinzips in der Klimapolitik durchgesetzt. Ursprünglich sollte jedes Ministerium jährlich Bericht darüber erstatten, welche Klimaziele es erreicht oder verfehlt hat. Nach der Änderung wird nun nicht mehr die Leistung der einzelnen Ressorts, sondern die der gesamten Regierung bewertet. Dadurch kann sich FDP-Verkehrsminister Volker Wissing hinter dem Gesamtteam verstecken, während das extrem schlechte Ergebnis seines Ressorts erst von Fachleuten herausgefiltert werden muss. Die Grüne Partei gab damit leichtfertig ein wichtiges Kontrollinstrument der Gesamtkoalition aus der Hand.

Die CSU hat in ihrem Stammland den Ausbau von Windkraftanlagen deutlich gebremst, die Einrichtung wichtiger Starkstromleitungen verzögert, und durchgesetzt, dass diese Leitungen unterirdisch verlegt werden, was die Kosten vervielfacht hat. Alle Stromkunden in Deutschland zahlen dies nun mit.<sup>16</sup> Die CSU setzt sich zwar für mehr Atomstrom ein, den die Energiehersteller wegen der hohen Kosten ablehnen und kein Interesse an dieser Strategie zeigen. Gleichzeitig verweigert die CSU eine Endlagerung für Atommüll in Bayern entschieden, was die Inkonsistenz ihrer Energiepolitik deutlich macht.

## Geopolitische Herausforderungen Europas neue Sicherheitslage

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 machte Putin den Krieg nach 75 Jahren Frieden wieder zu einem Mittel der Politik in Europa. Er zerstörte das nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaute europäische Sicherheitssystem. Putin rechtfertigte den Angriff mit falschen Behauptungen: Die NATO wolle Russland einkreisen, um es zu zerstören; die mittel- und südosteuropäischen Länder seien zum Beitritt zur NATO gedrängt worden; die Ukraine gehöre rechtmäßig zu Russland; das Land werde von einem faschistischen Regime regiert.

Der Krieg verursacht unermessliches Leid, beeinträchtigt den globalen Handel und schadet vielen Staaten des Globalen Südens wirtschaftlich. Die Unterstützung der Ukraine bindet finanzielle Ressourcen, die nicht mehr für die wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Länder zur Verfügung stehen; die Getreidelieferungen aus der Ukraine in diese Regionen sind stark zurückgegangen. Historiker, Politologen, Politiker, russische Exil-Schriftsteller und Journalisten arbeiten heraus, dass der russische Präsident nach einer Eroberung der Ukraine nicht haltmachen würde, Nato-Führungs Kräfte und Militär-

<sup>15</sup> [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.906708.de/reiche\\_verursachen\\_doppelt\\_so\\_viel\\_emissionen\\_wie](https://www.diw.de/de/diw_01.c.906708.de/reiche_verursachen_doppelt_so_viel_emissionen_wie)

<sup>16</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/mehr-hochspannungsleitungen-statt-erdkabel-soeders-neuer-kurs.UFxp4RQ>, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/windvorranggebiete-ohne-windraeder-in-bayern-kein-einzelfall,U88uG7i>



Experten halten einen militärischen Angriff auf osteuropäische Nato-Staaten ab Ende des Jahrzehnts für denkbar, insbesondere wenn die USA als Schutzmacht ausfallen sollten.<sup>17</sup>

Die Hilfen westlicher Länder für die Ukraine verursachen hohe Kosten. Der Aufwand für ein künftig erforderliches, leistungsfähiges europäisches Verteidigungssystem wird jedoch um ein Vielfaches höher sein. Diese Mittel würden, falls keine Sonderhaushalte eingerichtet oder falls nicht die oben genannten zusätzlichen Steuerquellen genutzt werden, anderen wichtigen politischen Handlungsfeldern nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Politik in den EU-Ländern muss die Bevölkerung auf die kommenden Belastungen einer wirksamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorbereiten, diese erklären und begründen. In Deutschland ist der Bevölkerung die Tragweite dieser Politik noch nicht vollständig bewusst. Die Ampelregierung zeigt bei diesem Thema wenig Gesprächsbereitschaft, der SPD-Kanzler bleibt zurückhaltend, und SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich warnt vor einer zu starken Aufrüstung. Eine echte Debatte hierzu hat in der SPD bislang noch nicht stattgefunden.

Über die vorgesehene Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen ab 2026 in Rheinland-Pfalz, die vom Kabinett und vom Parteipräsidium der SPD genehmigt wurde, wird wahrscheinlich noch eine Diskussion stattfinden. Dabei widersprechen sich die beiden Ansätze nicht. Wenn wie von Mützenich vermehrt Initiativen für Verhandlungen über einen Waffenstillstand gefordert werden und gleichzeitig die Abwehrfähigkeit der Bundeswehr gestärkt werden soll, wie es Pistorius verlangt, sind dies zwei Facetten desselben komplexen Prozesses.<sup>18</sup> Dieser Ansatz hebt sich sowohl von der BSW als auch von der Union ab. Gleichzeitig muss man es angesichts der aktuellen Lage als Erfolg werten, dass zwischen den großen europäischen Ländern, einschließlich Großbritanniens, ein Verständigungsprozess über eine neue, effektivere europäische Verteidigungspolitik in Gang gekommen ist. Auffällig ist jedoch die Zurückhaltung der südeuropäischen Länder, wenn es um höhere Rüstungsausgaben geht.

Putins Forderung nach der Erfüllung seiner Maximalziele als Voraussetzung für ein Kriegsende stellt die westlichen Staaten vor die Herausforderung, eine Strategie zu entwickeln, um Russland trotz des unermesslichen menschlichen Leids an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit Länder des Globalen Südens, insbesondere China, gewonnen werden können, sich für eine Friedenslösung einzusetzen und entsprechenden Druck auf Russland auszuüben.

Sollte Russland sich weiterhin weigern, den Krieg zu beenden, besteht die Möglichkeit, dass es gegenüber den Ländern des Globalen Südens, einschließlich China, stärker isoliert wird und dadurch an internationalem Ansehen verliert. Darauf hinaus könnten die westlichen Sanktionen und die negativen Auswirkungen der russischen Kriegswirtschaft mittelfristig zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Dies könnte den Führungszirkel im Kreml unter Druck setzen, da seine vollmundigen Ankündigungen

<sup>17</sup> Medien: Journalist Stefan Kornelius in: Süddeutsche Zeitung 08.04.2023, S. 7; Interview mit Alexander Gabuev in: Süddeutsche Zeitung 22.04.2023, S. 8; Journalist Stefan Kornelius in: Süddeutsche Zeitung 10.07.2023, S. 4; russischer Dissident Nikita Juferew in: Die Zeit 13.07.2023, S. 11; Journalist Michael Thumann in: Die Zeit 21.09.2023, S. 6; ukrainischer Schriftsteller Serhij Zhadan in: Die Zeit 28.09.2023, S. 57; Interview mit Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas in: Die Zeit 05.10.2023, S. 6; <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-jens-stoltenberg-haelt-russlands-kriegziel-fuer-nicht-mehr-erreiehbar-a-4bf77f45-d093-42b1-ab47-c9bd300a1767>

Bücher: Carlo Masala, Bedingt abwehrbereit – Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende – Ein Gespräch mit Sebastian Ulrich und Matthias Hansl, München 2023; Wolfgang Merkel, Putins Reich – Die Transformation Russlands und die Chancen für einen Regimewechsel, in: WZB-Mitteilungen 03/2023; Serhii Plokhy, Der Angriff – Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die Welt, Hamburg 2023; Martin Schulze Wessel, Der Fluch des Imperiums – Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte. München 2023

<sup>18</sup> Heribert Prantl, Im Schatten, Süddeutsche Zeitung, 02.08.2024, S.4



nicht eingetreten sind. Ob die Ukraine bei einer späteren Lösung NATO-Mitglied wird oder die UNO die Grenzsicherung übernimmt, bleibt eine Frage zukünftiger Verhandlungen.

## Die Rolle der SPD – Verantwortung und Perspektiven

Nach den Mehrheitsverhältnissen der letzten Bundestagswahl gab es zur Ampelkoalition keine plausible Alternative. Seit ihrem Beginn sah sich die Regierung mit mehreren gravierenden Krisen konfrontiert, die unerwartete Herausforderungen mit sich brachten. Die Klimakrise bleibt ungelöst und zeigt gerade in jüngster Zeit ihre zerstörerischen Wirkungen. Die Coronapandemie hat bis heute große Schäden hinterlassen. Der Ukraine-Krieg und die Nahost-Krise destabilisierten die internationalen Beziehungen und beeinträchtigten erheblich den globalen Handel.

Die Bekämpfung der Coronapandemie, der Krieg in der Ukraine, die Inflation, die Klimaentwicklung, die globalen Wirtschaftseinbrüche sowie das Erstarken autokratischer und rechtsextremer Parteien in Europa und Deutschland haben unkonventionelle Entscheidungen und teilweise unerwartete Kompromisse der Politik erforderlich gemacht, um die Regierungsfähigkeit zu sichern. Diese Herausforderungen haben bei vielen Menschen Ängste und Befürchtungen geweckt und das bisherige Vertrauen und die Zuversicht erschüttert. Angesichts der Größe dieser Herausforderungen reichen rein technische oder administrativ-bürokratische Maßnahmen nicht aus. Sie erfordern immense Anstrengungen und eine breite gesellschaftliche Solidarität, bei der von den einkommensschwächeren Gruppen Rückhalt und von den wohlhabenderen Schichten ein höherer, angemessener Beitrag verlangt werden muss.

Gerade in einer wirtschaftlichen und außenpolitischen Krise ist ein öffentlicher Diskurs notwendig, der alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen einbezieht. Zwar ist Skepsis gegenüber der Merz/Söder-Union angebracht, die sich in ihrer Rhetorik, insbesondere in der Migrationsdebatte, zunehmend der AfD annähert. Trotzdem wäre ein Angebot für einen breiten Verständigungspakt den Versuch wert. Sollte dieser Versuch scheitern, müssen die Gründe dafür offensiv deutlich gemacht werden, damit klar wird, welche Interessen die ablehnenden Parteien vertreten, die dem Allgemeinwohl widersprechen.

Die Komplexität der aktuellen Lage verschafft rechtsextremistischen und populistischen Parteien sowie einschlägigen Interessengruppen viel Aufmerksamkeit und Zuspruch für ihre Kritik an der Ampelpolitik. In dieser Auseinandersetzung fehlt der SPD ein klarer politischer Kompass, um darzulegen, wie sie das Land durch diese schwierige Situation führen würde, wenn sie mehr Einfluss im Parlament hätte. Dieses Erklärungsdefizit, das auch auf fehlende Konzepte zurückzuführen ist, gehört zu den wesentlichen Gründen, warum die SPD in weiten Teilen der Wählerschaft an Vertrauen verloren hat und möglicherweise weiter verlieren wird.

Solange sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder an die Koalitionsdisziplin gebunden fühlen, müssen Parteiführung und Bundestagsfraktion deutlicher machen, welche Zumutungen ihnen die Koalition auferlegt und was die SPD bei eigener Mehrheit anders machen würde. In einem offensiven Dialog mit den Bürger\*innen sollte die SPD klar benennen, welche Kompromisse auf den Einfluss der FDP oder der Grünen zurückzuführen sind und gleichzeitig aufzeigen, wie die politischen Lösungen aussehen würden, wenn Union, AfD oder BSW das Sagen hätten. Notwendig ist eine offensivere Auseinandersetzung mit der inhaltsleeren, aber aggressiven Rhetorik der Oppositionsparteien. Die SPD muss stärker herausstellen, dass weder die CDU noch die AfD oder das BSW in dieser Zeitenwende über ein plausibles Gesamtkonzept verfügen.



Indem die SPD-Parteiführung allerdings die Entscheidungen der Bundesregierung verständnisvoll rechtfertigt, verschafft sie der SPD keinen Gewinn, sondern zieht sie weiter nach unten. Eine kritische innerparteiliche Debatte über alternative Konzepte, wie die aktuellen politischen Herausforderungen angegangen werden könnten, findet nicht statt.

Die anstehenden Aufgaben, wie die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, die Förderung des Bildungs- und Forschungssystems, die Digitalisierung und ihre gesellschaftliche Steuerung, die Klimaschutzpolitik und die Sicherung zukunftsgerichteter Industrie-arbeitsplätze, erfordern eine entschlussfreudige und aktive Sozialdemokratie. In dieser Debatte zeigt die SPD kein Profil. Erforderlich wäre eine entschlussfreudige und aktive Sozialdemokratie. Dafür braucht die Partei jedoch neben einer klaren inhaltlichen Ausrichtung auch ein offensives Kommunikationskonzept. In den Augen vieler Menschen spiegelt die SPD mit ihrer Politik nicht mehr die Lebenswirklichkeiten großer Teile der Bevölkerung wider. Sie wirkt fantasielos, nicht kommunikationsoffensiv, nicht inspirierend, nicht mitreißend. Anders sind die tagtäglich sichtbaren schlechten Umfrageergebnisse und die letzten Wahlresultate nicht zu erklären.

Die SPD kommuniziert weder analytisch noch inhaltlich überzeugend. Im Gegensatz zur französischen Linken meidet sie Themen wie Vermögens-, Erbschafts- und Reichensteuer, Steuerhinterziehung sowie die Nutzung von Steueroasen und Offshore-Gebieten. Dabei müsste die SPD zeigen, dass sie diese Themen mit der Stärkung einer innovativen Wirtschaft verbinden kann, die für Arbeitnehmer, mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Selbständige gleichermaßen wichtig ist. Stattdessen scheint die Partei weiterhin zu fürchten, in der Debatte um gerechtere Einkommensverteilung als Partei des Neids abgestempelt zu werden. Mit einem schlüssigen Steuerkonzept könnte sie jedoch auch den Mittelstand gewinnen, der sich oft mit dem oberen Prozent der Gesellschaft identifiziert und dabei übersieht, wie er von diesem instrumentalisiert wird.

Bei gerechter Steuerpolitik geht es nicht um ‚Omas kleines Häuschen‘, sondern um die ‚Villen im Tessin‘ und das Erben von Betriebsvermögen, für das man selbst nichts geleistet hat. Mit einem klaren Konzept könnte die SPD sogar der Union Stimmen abnehmen und die FDP überflüssig machen. Doch dafür fehlen der SPD, sowohl lokal als auch national, die nötigen Gesichter, also kompetentes, kommunikationsstarkes und in den wichtigen Fragen entscheidungsfähiges politisches Personal. Die Beschaffung öffentlicher Mittel für die großen gesellschaftlichen Projekte lässt sich nicht durch Einschnitte in der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie bei Renten, Bürgergeld, Schulen, Universitäten oder dem öffentlichen Nahverkehr – erzielen, sondern vor allem durch ein sozial gerechtes Arbeitsmarkt-, Finanz- und Steuersystem.

Es reicht nicht aus, wenn der Bundeskanzler verkündet, dass alles Wichtige realisiert werden kann und er bereits alles gut durchdacht habe, ohne dafür einen erkennbaren Nachweis zu erbringen. Die Menschen erwarten, ernst genommen zu werden und dass der Bundeskanzler sich klar ausdrückt sowie seinen Kurs nachvollziehbar macht. Sie wollen wissen, wie es um die Gegenwart bestellt ist und was die Regierung für die nahe Zukunft plant. Ein informatives politisches Monitoring auf der Website des Bundeskanzleramtes würde transparent machen, was nicht so gut läuft und was in nächster Zukunft noch gelingen muss, und könnte dazu beitragen, komplizierte Sachverhalte verständlicher zu machen. Das sollte auch die SPD-Bundestagsfraktion als allgemeine Orientierungshilfe anbieten.

Und wo bleibt die Parteibasis? Finden dort wenigstens noch lebhafte und engagierte Debatten statt? Werden Fragen gestellt, auch, ohne fertige Antworten zu haben? Leider kaum. Kein Wunder, dass die SPD für Berufsgruppen wie Angestellte in Dienstleistungsberufen und im Einzelhandel, Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Start-up-Gründer, Programmierer, IT-Spezialisten, Wissenschaftler, Selbständige, Kleinunternehmer,



Manager, Umweltschützer oder Kulturschaffende zunehmend uninteressant geworden ist. Angesichts der desaströsen Lage der Partei sind die Leidenschaftslosigkeit und politische Lethargie ihrer Mitglieder geradezu aufregend. Die wichtigen Themen spielen in den Basisstrukturen der SPD kaum noch eine Rolle. Stattdessen geht es um interne Fragen wie: Wer kandidiert für den Bundestag? Wer soll Oberbürgermeister werden? Wie organisieren wir die Wahlkampfstände? Das kostet viel Zeit – und passiert ja alles ehrenamtlich. Der Ausspruch von Kevin Kühnert nach der verlorenen Europawahl „Wir gewinnen zusammen, wir verlieren zusammen“ klingt wie eine Aufforderung, kritische Diskussionen, auch über das eigene Personal, erst einmal einzufrieren.

Gerade in der aktuellen Zeitenwende ist die SPD eigentlich unverzichtbar. Fragen nach mehr Steuergerechtigkeit darf sie nicht dem BSW überlassen. Die Migrationsdebatte darf nicht vom Rechtspopulismus der AfD und zunehmend der CDU/CSU geprägt werden (Söder: ‚Asyltourismus‘). Und für eine sozial ausgewogene Klimapolitik in Verbindung mit einem industriellen und forschungsorientierten Transformationskonzept haben die Grünen bisher keine besonderen Kompetenzen bewiesen. Letzteres könnte zum Markenzeichen der SPD werden.

Natürlich muss auch die SPD Kompromisse eingehen. Diese müssen jedoch erklärt werden. Wenn die Partei gesellschaftlich relevante Forderungen aufstellt, wie die Sicherung des Rentensystems für die jetzige Arbeitnehmerschaft, muss sie auch die Finanzierungsfrage beantworten. Bei der Diskussion um die Schuldenbremse könnte sie sich stärker auf Unternehmensverbände und renommierte deutsche sowie internationale Wirtschaftsinstitute stützen, um die Sanierung der deutschen Infrastruktur kurzfristig voranzutreiben. Gerade jetzt, in einer Phase wirtschaftlicher Rezession, wäre dies ein wichtiger Konjunkturimpuls.<sup>19</sup> Von Herrn Lindner sind in dieser Hinsicht jedoch keine Vorschläge zu erwarten. Selbst in einer schrumpfenden Wirtschaft bedient er seine kleinteilige Wählerklientel, die lieber auf Schuldentrifft setzt, als notwendige Investitionen durch Sonderfonds zu ermöglichen, um die Wirtschaft und die öffentliche Infrastruktur zu modernisieren und Deutschland im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten. Auch die deutsche Wirtschaftspublizistik kommt zu der Auffassung: „Es reicht Herr Lindner“<sup>20</sup>

Im Kontext der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse sollte öffentlich diskutiert werden, ob es angesichts der aktuellen Herausforderungen angemessen ist, dass das Bundesverfassungsgericht derart tief in die Politik des Gesetzgebers eingreift. Durch seine Entscheidungen beeinflusst das Gericht nicht nur die finanzpolitische Flexibilität des Staates, sondern schränkt auch die legislative Gestaltungskraft des Parlaments erheblich ein. Dies wirft die grundsätzliche Frage auf, ob die Balance zwischen Judikative und Legislative gewahrt bleibt, wenn ein Gericht politische Entscheidungen so stark beeinflussen kann. Diese Diskussion ist besonders relevant angesichts der Kritik, dass politische Fehlentscheidungen primär durch demokratische Wahlen und nicht durch gerichtliche Eingriffe korrigiert werden sollten. Macht eine Regierungskoalition während einer Legislaturperiode gravierende Fehler, muss sie eben abgewählt werden.

Man sollte mit Herrn Merz mal über eine Grundgesetzänderung sprechen. Wenn die CDU bei der nächsten Bundestagswahl gewinnen würde, befände sie sich in dem gleichen Dilemma, wie heute die Ampel-Koalition. Sie könnte keine impulsgebende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betreiben, weil sie keine Investitionskredite aufnehmen dürfte, wenn die aktuellen Steuereinnahmen dafür nicht reichen. Immerhin findet auch in der CDU eine zaghafte Diskussion über die ungerechte Vermögensverteilung dieser Republik

<sup>19</sup> <https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-05/wirtschaftsinstitute-investitionsbedarf-klimaschutz-verkehrswege-schuldenbremse>

<sup>20</sup> <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-es-reicht-christian-lindner/29947854.html>



statt: „Die Vermögensakkumulation geht in kaum einem anderen Land so auseinander wie in unserem Land.“<sup>21</sup>

Bleibt die Schuldenbremse, könnte Herr Merz nur noch Reden halten und verwalten, aber nichts gestalten. In dieser Legislaturperiode könnte noch eine Zwei-Dritt-Mehrheit mit den demokratischen „Parteien der Mitte“ zustande kommen, ob das nach der Bundestagwahl 2025 möglich ist, kann heute keiner vorhersagen.

Nach dem Politikverständnis der FDP soll der Staat, abgesehen von der Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit sowie dem Schutz privaten Eigentums, möglichst schwach ausgestattet sein. Der Sozialstaat soll gestutzt und Vermögen geschützt und begünstigt werden. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen die EU und Deutschland stehen, wirkt diese Position jedoch aus der Zeit gefallen. Die FDP scheint bereit, die bestehende extreme Ungleichheit in Deutschland weiter zu verschärfen oder zumindest zu tolerieren. Mit einer derart kleinteiligen Politik kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der aktuellen globalen Wirtschaftslage kaum gesichert werden. Heute erscheint es schwer vorstellbar, dass die SPD erneut eine Koalition mit einer von Lindner oder Dürr geführten FDP eingehen könnte.

**Fazit:** Man kann es drehen und wenden, wie man will: Eine nachhaltige, sozial gerechte und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft ist ohne eine wache, ideenreiche und entschlossene Sozialdemokratie nicht denkbar und nicht wünschenswert.

---

## Zu den Autoren (Kurz-Vitae)

### Jürgen Büssow

Orthopädie-Mechaniker. Dipl.-Pädagoge. SPD-Vorsitzender Düsseldorf. Wehrpflicht. Referatsleiter Hans-Böckler-Stiftung. SPD-Abgeordneter Landtag NRW. Regierungspräsident a.D. Regierungsbezirk Düsseldorf

### Volker Jung

Dipl.-Politologe. DGB-Bundesvorstand Leiter Abt. Gesellschaftspolitik. SPD-Bundestags-Abgeordneter für Düsseldorf, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Geschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen.

### Lothar Kamp

Chemiclaborant. Dipl.-Volkswirt. DGB-Bundesjugendschule Dozent. Hans-Böckler-Stiftung Leiter Abt. Mitbestimmungsförderung. Dissertation Europäische Finanzmarkt-Regulierung (Dr.rer.oec). SPD-Mitglied.

---

<sup>21</sup> Mario Czaja, Ex-Generalsekretär der CDU in, Handelsblatt 09. August 2024, S.15